

Amt und Stadt

„Oberbürgermeister sind die letzten Enzyklopädisten“

Klimaschutz, Verkehrswende, Wohnen und kommunale Altschulden – das sind die vier zentralen Themen, die für Burkhard Jung im Fokus stehen.

Die Fragen stellte Vanessa Wilke.

Die Sprache der Politik sei oft nicht verständlich. Im Interview spricht sich Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetags und OBM der Stadt Leipzig, für klare Worte aus, damit Bürger sich wieder verstanden und ernst genommen fühlen.

Herr Jung, herzlichen Glückwunsch zum Amt des Städtetagspräsidenten. Wie ist es Ihnen in den ersten fünf Monaten Ihrer Amtszeit ergangen?

Nach den ersten fünf Monaten musste ich feststellen, dass die Tätigkeit zeitlich viel umfangreicher und fordernder ist, als ich vermutet hatte (lacht).

Mit ähnlichen Worten hatte Markus Lewe im OBM-Interview geantwortet, als ich ihn fragte, ob die Münsteraner froh seien, wenn er sich wieder auf die lokalen Themen konzentrieren könne. Er hob aber auch den besonderen Mehrwert des Ehrenamtes als Präsident des Deutschen Städtetags hervor. Welche Themen liegen Ihnen am Herzen?

Meine Amtszeit ging los mit dem Thema: Gewalt und Hetze gegen Menschen, die sich politisch engagieren. Der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke war erst wenige Tage zuvor vor seinem Haus ermordet worden. Drohungen und Gewalt gegen politisch Verantwortliche ist ein hartes Thema, das mich schon lange umtreibt. Denn seit Beginn der Flüchtlingskrise bin ich selbst von Morddrohungen, Anfeindungen und Verleumdungen betroffen. Ich war nie der Auffassung, dass dies als Teil des politischen Alltags hinzunehmen wäre. Deshalb zeige ich seit Jahren alles an, muss allerdings feststellen, dass es selten zu einer Verurteilung kommt. Mit den vom Bund inzwischen geplanten Änderungen im Strafgesetzbuch hoffe ich auf härtere Konsequenzen bei Hass und Hetze, besonders bei Taten im Internet.

Mit dem Attentat an Walter Lübcke war das Thema Hasskriminalität schlagartig in der öffentlichen Diskussion und in den Medien. Es ist mir ein persönliches Anliegen, mein Amt zu nutzen, um in diesem Bereich etwas zu bewegen. Die Einladung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ins Schloss Bellevue war beispielsweise etwas Besonderes und bot den Rahmen, Veränderungen einzuleiten. Dass sich nun die Innenministerkonferenz und die Justizminister der Länder dafür ausgesprochen haben, die Regeln für soziale Netzwerke zu verschärfen und eine Auskunftspflicht sowie eine Meldepflicht der Dienste gesetzlich vorzuschreiben, um Hasskommentare wirksamer bekämpfen zu können, ist richtig. Der Neun-Punkte-Plan, den das Bundeskabinett Ende Oktober auf den Weg gebracht hat, ist ein wichtiges Signal. Letztlich geht es um die Würde der Menschen und damit um die Einhaltung von Artikel 1 des Grundgesetz-

zes. Es war höchst notwendig, dieses Thema nicht weiter zu tabuisieren, sondern ins Bewusstsein der Menschen zu bringen. Ich bin dankbar, dass man am Thema dranbleibt und dass die Intensität nicht nachlässt. Die großen Themen liegen darüber hinaus auf dem Tisch.

Und welche sind das? Was haben Sie sich für die kommenden zwei Jahre vorgenommen?

Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sind die letzten Enzyklopädisten. Die Themenvielfalt ist quasi unbegrenzt, aber es gibt für mich vier zentrale Themen: den Klimaschutz, die Verkehrswende, Wohnen und das Thema kommunale Altschulden. Das sind die vier Herausforderungen, die uns in den kommenden Jahren beschäftigen werden.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz hat im Oktober seine Hilfe beim Abbau der Altschulden in Aussicht gestellt. Der Bund könnte die Hälfte der Altschulden übernehmen und in einen Finanzierungsfonds überführen. Die andere Hälfte sollen die Länder und Kommunen tragen. Bis vor kurzem war eine solche umfassende Lösung nicht absehbar. Wie erklären Sie sich den plötzlichen Fortschritt? Sie kennen Olaf Scholz doch gut.

Dass das Thema kommunale Altschulden plötzlich so an Fahrt aufgenommen hat, hat verschiedene Ursachen. Da kam einiges zusammen, das den Weg dafür geebnet hat. Zum Beispiel hat die Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse mehrheitlich anerkannt, dass die von Altschulden betroffenen Kommunen absehbar ihre finanzielle Situation nicht aus eigener Kraft dauerhaft verbessern können, trotz aller Anstrengungen der betroffenen Länder. Außerdem erleichtern die derzeit noch niedrigen Zinsen, über einen solchen Schuldenschnitt nachzudenken. Wenn ich als Oberbürgermeister der Stadt Leipzig das Thema unterstütze, ist das auf jeden Fall unverdächtig, weil die Stadt Leipzig kein Nutznießer sein wird. Das hat also sicher auch nicht geschadet. Aber entscheidend waren die anderen Faktoren. Nur sind wir noch nicht am Ziel: Nachdem der Bund grundsätzlich bereit ist zu helfen und die Städte den Vorschlag aus dem Bundesfinanzministerium unterstützen, einen erheblichen Teil der kommunalen Kassenkredite in Bundesschuld zu übernehmen, müssen jetzt noch die Länder und Landkreise mit ins Boot. Hoffen wir, dass dies gelingt. Denn wir brauchen eine Lösung! Die Kinder, die heute schwimmen lernen wollen und deren Halle schließen muss, weil kein Geld für die Reparatur da ist, können nichts dafür, dass der Strukturwandel von vor 30 oder 40 Jahren den Schuldenberg wachsen ließ.

Mit Ihnen ist erstmalig ein Oberbürgermeister einer ostdeutschen Stadt zum Präsidenten des Deutschen Städtetags gewählt worden. Viele hielten dies für längst überfällig. Aber spielt es tatsächlich noch eine zentrale Rolle, ob ein Oberbürgermeister aus einer west-

deutschen oder einer ostdeutschen Stadt kommt, oder ist es inzwischen nicht viel entscheidender, ob sie oder er aus einer strukturschwachen oder einer wirtschaftlich starken Stadt kommt?

Ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir bei der Förderung von Himmelsrichtungen wegkommen. Entscheidender ist tatsächlich, ob eine Stadt oder eine Region strukturschwach oder wirtschaftlich stark ist. Die Ost-West-Debatte bleibt trotzdem noch relevant, denn der Osten ist leider strukturschwach und wirtschaftlich noch deutlich schwächer als der Westen. Beispielsweise gibt es in den ostdeutschen Bundesländern weiterhin keinen einzigen Dax-Konzern und auch keine ausgeprägte mittelständische Wirtschaft wie beispielsweise in Baden-Württemberg oder Bayern. In diesem Zusammenhang geht es um Chancengerechtigkeit. Aber auch im Westen gibt es strukturschwache Regionen.

Eine europaweite Umfrage zur Akzeptanz der Demokratie des Pew Research Centers ergab kürzlich, dass den Bürgern in Mittel- und Osteuropa – aber auch in Westeuropa – vor allem die Funktionsfähigkeit der politischen Systeme in ihren Ländern und die ungleiche Verteilung des Wohlstands Sorge bereiten. Inwiefern begegnet Ihnen diese immer größer werdende Skepsis? Was können OBM tun, um dem entgegenzuwirken?

Das Thema beschäftigt uns rund um die Uhr – im Stadtrat, in der Bürgersprechstunde und draußen auf der Straße. Wir haben als Kommunalpolitiker das Ohr immer dicht an den Menschen. Viele Bürgerinnen und Bürger glauben, dass sie nicht mehr ernst genommen, nicht mehr verstanden und nicht mehr wahrgenommen werden. Ich bin der Überzeugung, dass das unter anderem daran liegt, dass die Sprache der Politik oft nicht mehr verständlich ist. Die Politsprache ist sehr abgewogen. Die Dinge werden nicht mehr beim Namen genannt. Einige Politiker sprechen nicht aus, worum es geht. Viele Bürger sagen, sie verstehen nicht, „was die da in Berlin sagen“. Beispielsweise bei der Flüchtlingsdebatte wäre es unglaublich wichtig gewesen, wenn die Dinge direkt benannt worden wären. Man hätte die Sorgen offener ansprechen sollen, und dabei wären sicher auch unbequeme Wahrheiten gesagt worden. Aber das wäre wichtig gewesen. Man kann solche Dinge in aller Humanität klar ansprechen.

Viele Kommunen setzen inzwischen vermehrt auf Bürgerbeteiligung – zur Förderung der Demokratie, und um politisch schwierige Themen durchzusetzen. Halten Sie diesen Weg für richtig?

Ich sehe die Gefahr, dass wir aktuell Erwartungen bei den Bürgerinnen und Bürgern wecken, die wir nicht erfüllen können. Denn Deutschland ist ja nun einmal nicht die Schweiz. Es ist wichtig, dass wir unser politisches System besser erklären. Vielen ist nicht bewusst, was eine repräsentative Demokratie ist. Da müssen wir ansetzen und erklären,

wie man in unserem System zu einem Ergebnis kommt und wer dafür zuständig ist. In diesem Zusammenhang wäre es besonders wichtig, die Ebenen von Information, Beteiligung und Mitbestimmung zu erklären, aber auch die Grenzen von Beteiligung aufzuzeigen. Die Beteiligungsprozesse müssen klarer und deutlicher werden. Wenn eine Stadt beispielsweise aufgrund von Bevölkerungsschrumpfung Schulen schließen muss, bedarf es einer abwägenden stadtteilübergreifenden Entscheidung. Das ist aber sicher kein Fall für direkte Bürgerentscheidungen. Anders ist es beispielsweise bei Klimaschutzkonzepten. Da sind Ideen und das Engagement von vielen gefragt, um dann aber darüber im Stadtrat, also repräsentativ, zu entscheiden. Wir müssen also glasklar sagen, wann und in welcher Art Bürgerbeteiligung möglich ist und wer entscheidet. Die Entscheidungen treffen in der Regel die vom Volk gewählten Vertreterinnen und Vertreter, das ist das Wesen unserer repräsentativen Demokratie. Und wenn populistische Parteien mit Aussprüchen wie „Wir sind das Volk“ Bürgern vermitteln, dass sie in alle Entscheidungen einbezogen werden müssten, dann müssen wir dagegenhalten. Denn dieser Ausspruch stammt aus einer Zeit, als der Wille der Wähler nichts galt. Das hat mit unserer heutigen Situation nichts zu tun.

Das ist sicher richtig, dennoch scheint sich einiges zu verändern. Beispielsweise steht „Fridays for Future“ für ein neues Politikverständnis. Der globalen Bewegung ist es gelungen, einen enormen Druck aufzubauen und das Erreichen der Klimaschutzziele in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Die Bundesregierung hat mit ihrem Klimaschutzpaket ein ganzes Bündel an Maßnahmen festgelegt, das auch die Kommunen betrifft. Vor allem im Bereich der Verkehrswende haben Sie bereits kritisiert, dass die Maßnahmen nicht weit genug gingen. Was hätten Sie sich zusätzlich gewünscht, und was können die Kommunen unternehmen, um die international vereinbarten Klimaziele bis 2030 erreichen zu können?

Ein moderner, nachhaltiger und attraktiver ÖPNV in einem Umweltverbund mit guten Rad- und Fußwegen ist ein zentrales Thema. Da geht es um Emissionen, gute Stadt-Umland-Verbindungen mit Schiene und Bus und um eine hohe Lebensqualität in einer menschenfreundlichen Stadt. Das Thema Mobilität ist ein Schlüssel, der vieles miteinander verbindet, und eine Stellschraube, mit der man viel bewegen kann. Wichtig ist, dass wir jetzt umfangreiche Investitionen tätigen und beachten, dass die notwendigen ingenieurtechnischen Planungen viel Vorlauf benötigen. Der Bund will seinen Anteil bei der Gemeindeverkehrsfinanzierung auf 2 Milliarden Euro erhöhen. Das begrüßen wir ausdrücklich, und das muss jetzt zügig umgesetzt werden. Und auch die Länder müssen mitziehen.

Grundsätzlich können die Städte in diesem Bereich aber auch viel bewegen – gemeinsam

mit den Bürgerinnen und Bürgern, denn das Thema Mobilität der Zukunft genießt eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Nun geht es darum weiterzumachen, Menschen zu motivieren, vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel und das Fahrrad umzusteigen und dafür die erforderlichen Verbindungen anzubieten.

Beim Thema Verkehrswende spielt die Bahn eine zentrale Rolle. Wir haben mit verschiedenen Städten gesprochen, wie zufrieden sie mit ihrer Anbindung an das Bahnnetz sind. Die Stadt Chemnitz ringt beispielsweise seit langem um die Anbindung an den Fernverkehr. Wie läuft aus Ihrer Sicht die Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Bahn und den Kommunen?

Die Deutsche Bahn ist der natürliche Partner der Mobilitätswende – und von den S-Bahnen bis zum Fernverkehr eine entscheidende Größe. Natürlich ist der Ausbau des Netzes ein riesiges Projekt, das Zeit braucht. Aber bei den Problemen, die es in der Zusammenarbeit gibt, steckt der Teufel oft im Detail: Da geht es zum Beispiel um fehlende Aufzüge oder um schlecht beleuchtete Bahndurchgänge. Hier könnte sicherlich auch kurzfristig schon einiges mehr getan werden. Außerdem brauchen wir Züge, deren Qualität überzeugt, sowie bessere Anschlüsse zwischen Bahn und anderen Verkehrsmitteln, damit mehr Menschen auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen.

Kommen wir zum vierten und letzten der zentralen Themen Ihrer Liste – dem Thema Wohnen. Mit dem Mietendeckel will Berlin den steigenden Wohnkosten in der Hauptstadt entgegenwirken. Was halten Sie von dem neuen Gesetz?

An der Berliner Entscheidung für den Mietendeckel wird deutlich, wie drängend das Thema ist. Es geht darum, preiswerten Wohnraum zu organisieren. Wie können Friseur, Busfahrer und Pflegekräfte, die für das Leben in den Städten unverzichtbar sind und zu den geringer bezahlten Berufsgruppen zählen, künftig noch in den Städten wohnen? Darauf müssen wir eine Antwort finden. Ich habe zwar großes Verständnis für die Entscheidung Berlins, aber die meisten Kollegen sehen für die Städte auch andere Lösungen: Erstens können die Städte diesen Weg ohne die Länder gar nicht gehen, zweitens glauben die meisten eher an die Mietpreisbremse als an den Deckel. Weiter brauchen wir für das drängende Problem steigender Mieten vor allem Anreize zum Bauen und zur Entwicklung neuen Baulands. Wir müssen Möglichkeiten finden, gegen Spekulationen vorzugehen, und wir brauchen ein geeignetes Vorkaufrecht, damit Städte wieder aktiv Grundstücke erwerben und erschließen können. Beispielsweise gehören nicht mehr benötigte Flächen der Deutschen Bahn nicht auf den freien Markt, sondern sollten immer zuerst den Kommunen angeboten werden. Hier sind Bund und Länder gefragt. ◀

v.wilke@obm-zeitung.de